

## Die Verrechnungssteuer

Am 25. September stimmt das Schweizer Stimmvolk über eine Änderung der [Verrechnungssteuer](#) ab. Die Verrechnungssteuer ist ein Dauerthema, wenn jeweils die Staatsrechnung debattiert wird.

«Der Name <Verrechnungssteuer> sagt es vielleicht schon ein bisschen: Es ist die Steuer, bei der wir uns am ehesten verrechnen», scherzte Finanzminister Maurer bei der Beratung der [Staatsrechnung 2017](#). Tatsächlich ist es für das Finanzdepartement schwierig, den Gesamtbetrag der Rückerstattungen bei der Verrechnungssteuer zu budgetieren. Unternehmen beispielsweise können die Verrechnungssteuer auf Dividendenzahlungen während drei Jahren zurückzufordern – und tun dies jeweils dann, wenn es für sie finanziell am günstigsten ist.

Im Jahr 2017 etwa sind die Rückforderungen aufgrund der [Negativzinsen](#) geradezu eingebrochen, was dem Finanzminister zugleich eine schöne und eine unangenehme Aufgabe einbrachte: Einerseits konnte er im Jahresabschluss einen Überschuss von 2,8 Milliarden Franken präsentieren, andererseits musste er dem Parlament die grosse Differenz zum [Budget](#) erklären. Doch nicht nur 2017 führte die Verrechnungssteuer zu Differenzen zwischen Budget und Staatsrechnung – immer wieder kommt es hier zu mehr oder weniger grossen Unterschieden.

### Wie hoch lagen die Differenzen zwischen Budget und Staatsrechnung bei der Verrechnungssteuer in den letzten zehn Jahren durchschnittlich?

(Als Hilfestellung: Die durchschnittlichen ordentlichen Einnahmen in diesem Zeitraum betragen fast 70 Milliarden Franken.)

- a. 1,4 Milliarden (2,1 % der ordentlichen Einnahmen)
- b. 3,8 Milliarden (5,5 % der ordentlichen Einnahmen)
- c. 5,2 Milliarden (7,6 % der ordentlichen Einnahmen)
- d. 7,1 Milliarden (10,3 % der ordentlichen Einnahmen)

Die richtige Antwort ist **a**).

Durchschnittlich «verrechnet» sich der Bundesrat – um bei der Formulierung des Finanzministers zu bleiben – bei der Verrechnungssteuer um etwa [1,4 Milliarden Franken jährlich](#). Die Höchstwerte wurden in den [Covid-19-Jahren 2020 und 2021](#) erreicht, ohne diese beiden Jahre liegt der Durchschnitt bei 1,1 Milliarden Franken oder 1,6 Prozent der ordentlichen Einnahmen. Unabhängig vom Resultat der Abstimmung vom 25. September wird die Planung der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer für den Finanzminister ein schwieriges Unterfangen bleiben.